

## Protokoll 49. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 6. Mai 2015, 16.00 Uhr bis 17.20 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)  
ab Geschäft 4b: Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 117 Mitglieder

Abwesend: Petek Altinay (SP), Marc Bourgeois (FDP), Andreas Edelmann (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Nina Fehr Düsel (SVP), Dr. Thomas Monn (SVP), Marcel Savarioud (SP), Guido Trevisan (GLP)

---

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |    |                          |  |     |
|----|--------------------------|--|-----|
| 1. |                          | Mitteilungen   |     |
| 2. | <a href="#">2015/99</a>  | * Weisung vom 08.04.2015:<br>Tiefbauamt, Teilrevision der städtischen Parkplatzverordnung (Gemeinderatsbeschluss vom 11. Dezember 1996), Änderung Bestimmung betreffend autoarme Nutzungen | VTE |
| 3. | <a href="#">2015/100</a> | * Weisung vom 08.04.2015:<br>Geschäftsbericht des Stadtrats 2014   | STR |
| 4. | <a href="#">2015/114</a> | Büro, Erneuerungswahl des Ratspräsidiums für das Amtsjahr 2015/2016  |     |
| 5. | <a href="#">2015/115</a> | Büro, Erneuerungswahl von 10 Mitgliedern für das Amtsjahr 2015/2016  |     |
| 6. | <a href="#">2015/116</a> | Erneuerungswahl von 3 Ratssekretärinnen oder Ratssekretären für das Amtsjahr 2015/2016   |     |
| 7. | <a href="#">2014/135</a> | GPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Peter Küng (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018   |     |

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

## Geschäfte

- 890. 2015/99**  
**Weisung vom 08.04.2015:**  
**Tiefbauamt, Teilrevision der städtischen Parkplatzverordnung (Gemeinderats-**  
**beschluss vom 11. Dezember 1996), Änderung Bestimmung betreffend autoarme**  
**Nutzungen**

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 4. Mai 2015

- 891. 2015/100**  
**Weisung vom 08.04.2015:**  
**Geschäftsbericht des Stadtrats 2014**

Zuweisung an die GPK gemäss Beschluss des Büros vom 4. Mai 2015

- 892. 2015/114**  
**Büro, Erneuerungswahl des Ratspräsidiums für das Amtsjahr 2015/2016**

Zum Abschluss ihres Präsidialjahres hält die Ratspräsidentin Dorothea Frei (SP) folgende Ansprache:

Liebe Kolleginnen und Kollegen  
 Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin, liebe Corine  
 Geschätzte Mitglieder des Stadtrates  
 Sehr geehrte Frau Stadtschreiberin  
 Geschätzte Journalistinnen und Journalisten  
 Meine sehr verehrten Damen und Herren

Mit dem heutigen Tag geht für mich ein spannendes Jahr zu Ende. Ich hatte die Ehre, den Gemeinderat unserer Stadt an über 170 Veranstaltungen vertreten zu dürfen. Ich habe das sehr gerne gemacht und im Namen unseres Parlaments viele Grussbotschaften überbracht. Besonders aufgefallen ist mir dabei - und es war dies eine angenehme Überraschung! - wie viel Freiwilligenarbeit in unserer Stadt geleistet wird. Zürich funktioniert auch deswegen gut, weil unzählige Menschen in den verschiedensten Bereichen – in der Familie, in der Kirche, in Quartiervereinen, Sportvereinen, politischen Parteien, Jugendorganisationen, Ausländervereinigungen – freiwillig und unbezahlt Leistungen erbringen, die Zürich zum Dorf machen. Man kennt sich, so entsteht ein tragfähiges, soziales Netz.

In meiner Antrittsrede habe ich an das Parlament einen hohen Anspruch gestellt. Ich wollte persönliche Angriffe nicht mehr tolerieren. Das habe ich auch so gehalten, was Ihrerseits nicht immer goutiert wurde. Die primitiv-gehässigen Zwischenrufe blieben aber doch weitgehend aus, dafür bedanke ich mich. In spezieller Erinnerung bleibt mir die Sitzung zum EWZ-Untersuchungsbericht der GPK. Das war eine hochanständige, ruhige Ratsdebatte. Das hat mich sehr gefreut und ich möchte sagen – mehr davon, wir können es! Wir haben effiziente Ratssitzungen abgehalten, es war seit über 20 Jahren das erste Mal, dass Ratssitzungen ausfallen konnten. Die Arbeit in den verschiedenen Kommissionen hat sich eingespielt. Es wird eine gute und kompetente Arbeit geleistet.

Am Schluss bleibt zu danken:

- Der Stadtpräsidentin und den Mitgliedern des Stadtrates für die angenehme Zusammenarbeit;
- den Mitgliedern des Büros für die trotz gegensätzlicher Interessen und Meinungen immer faire und dem Ganzen verpflichteten Zusammenarbeit;
- meinen beiden Vizepräsidenten für ihr Mitdenken und ihre Unterstützung;
- den Parlamentsdiensten unter der Leitung von Andreas Ammann. Sie machen eine hervorragende Arbeit und garantieren für den reibungslosen Ablauf des Rates;
- den Weibern unter der Leitung von Daniel Honegger. Sie versehen einen stillen und wichtigen Dienst;
- den Polizistinnen und Polizisten der Stadt Zürich die für unsere Sicherheit während den Ratsitzungen sorgen
- und schliesslich dem Hausdienst für seine kompetente Unterstützung und Flexibilität zu Fragen im Rathaus.

Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, danke ich für die gute Zusammenarbeit und für die vielen spannenden Diskussionen und Auseinandersetzungen hier in diesem Saal – die langen und langweiligen Stunden, die es natürlich auch gab, sind in einem Parlament wohl nicht immer zu vermeiden.

Es war für mich eine grosse Ehre, Gemeinderatspräsidentin von Zürich zu sein.

STP Corine Mauch bedankt sich in einer Ansprache für das Engagement der abtretenden Ratspräsidentin und würdigt deren Amtsführung.

#### a) Präsidium

Wahlvorschlag der GLP-Fraktion: Matthias Wiesmann (GLP)

#### Wahlprotokoll

Anwesende Ratsmitglieder	115
Eingegangene Wahlzettel	114
Leere Wahlzettel	4
Ungültige Wahlzettel	1
Massgebende Wahlzettel	109
Absolutes Mehr	55

Gewählt ist: Matthias Wiesmann (GLP) mit 101 Stimmen.

Ferner erhielten Stimmen:

Kyriakos Papageorgiou (SP)	3
Einzelne (je 1 Stimme)	5
Massgebende Wahlzettel	109

Ratspräsident Matthias Wiesmann (GLP) übernimmt den Vorsitz und hält folgende Ansprache:

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin, sehr geehrter Landratsvizepräsident von Uri, sehr geehrte Kantonsratspräsidentin, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Gäste, Freunde und Familie.

Ich danke Ihnen herzlich, dass Sie mich zum Gemeinderatspräsidenten gewählt haben.

Es erfüllt mich mit Stolz und Freude, unsere wunderbare Stadt ein Jahr lang als sogenannt „höchster Zürcher“ repräsentieren zu dürfen und die Sitzungen dieses Rats zu leiten.

Wie in den letzten Jahren häufig gehört, käme jetzt der Teil mit der Erzählung, wie man aus der Agglo-

meration, aus einem anderen Kanton oder gar dem Ausland in die Stadt gekommen sei, hier eine Heimat gefunden und die Chance erhalten habe, bis in die höchsten politischen Ämter dieser Stadt aufzusteigen. Nun, mit einer Einwanderungsstory kann ich nicht dienen, ich bin ganz profan in Zürich-Oberstrass geboren und aufgewachsen. Einzig dass man mich nach fünf Jahren mit Wohnsitz in Basel überhaupt wieder zurückgenommen hat, könnte man noch in diese Kategorie einreihen.

Obwohl natürlich auch ich kein Urzürcher bin. Meine Eltern kommen aus Flurlingen und Neuhausen am Rheinfluss. Die beiden Gemeinden in der Nähe von Schaffhausen, vielleicht wissen Sie das, sind nur durch den Rhein getrennt. Ich hatte lange die romantische Vorstellung, dass sich meine Eltern auf der idyllischen Rheinbrücke getroffen und verliebt haben. Doch nein, es war im Zug nach - ja wohin wohl – nach Zürich, wohin es die beiden zur Ausbildung und Arbeit zog. Also doch wieder eine Geschichte, welche die Anziehungskraft von Zürich beweist.

Meine Grossmutter väterlicherseits war aber ursprünglich aus Zürich. Sie ist in Oberstrass auf einem Bauernhof, dem Schanzacker, aufgewachsen. Und auch ich habe dort noch ein halbes Jahr gelebt, bevor der Hof später abgerissen wurde.

Und wenn wir schon bei lieben Verwandtschaft sind:

Es gibt ja hier im Rat eine Wiesmann-Connection und zwar von den Wiesmanns aus Oberneunforn, Kanton Thurgau, meinem Heimatort.

Oberneunforn, im Dialekt: Obernufere, muss man nicht unbedingt kennen. Das Gemeindegebiet liegt auf einer kleinen ärgerlichen Ausstülpung im Grenzverlauf mit dem Kanton Zürich. Hätte man da einen etwas geraderen Strich gezogen, wäre ich wenigstens Kantonalzürcher, aber ich trage meine mostindischen Wurzeln mit Fassung.

Nun aber zur Wiesmann-Connection:

Esther Straub und Barbara Wiesmann sind über ihre Vorfahren in Nufere entfernt verwandt, das ist bereits erforscht, und da es in Nufere denn auch nicht so viele Wiesmanns gab und gibt, bestehen zwischen allen drei mit Bestimmtheit verwandtschaftliche Bande. Gekannt haben sich die Familien sicher, so war etwa Esther Straubs Grossvater Präsident des Männerchors Oberneunforn und mein Grossvater der Dirigent.

Da Esther Straub nun aber in den Kantonsrat wechselt, verlieren wir Wiesmanns im Gemeinderat bereits wieder arg an Schlagkraft, doch Sie sehen, wir treten langsam den Gang durch die politischen Institutionen an. Bis wir die Bedeutung von Politdynastien wie die Ghandis, Bushs und Kennedys erlangen werden, ist es allerdings noch ein sehr weiter und sehr steiniger Weg.

Nun aber zur Frage: Warum auf den Bock?

Beinfreiheit und der bequeme Sessel spielen eine untergeordnete, wenn auch angenehme Nebenrolle. Ebenso ist die Namensverwandtschaft mit dem „Bock“-Bier eher unwichtig, obwohl Sie, nachher beim Apéro, sehen, dass schon etwas dran und auch drin ist an dieser These. Als Verfasser eines Buchs über die Geschichte der Brauereien in der Schweiz hat man ja auch einen gewissen Ruf zu verteidigen.

Im Ernst:

Mich haben die prozeduralen Fragen, die Abläufe im Rat, die Hintergrundarbeit, ja das Funktionieren eines Parlaments schon immer interessiert. Als wir von der GLP 2010 zu zwölf in den Gemeinderat einzogen, erklärte uns Greenhörnern, oder sagen wir Hellgrünhörnern, freundlicherweise Markus Knauss und andere, wie der Gemeinderat überhaupt funktioniert.

Die Tagliste mit seinen E's, A's, P's, einem Stern, zwei Sternen, und diese Zeichen dann auch noch in beliebiger Kombination, blieb aber ein Buch - ja so dick war sie damals noch die Tagliste - ein Buch mit sieben Siegeln.

Ich schrieb also zuhause der Fraktion den – wie ich ihn nannte - „kleinen Führer durch den Dschungel der Tagliste“ und war von da an innerhalb der Fraktion Ansprechpartner für alle Fragen rund um den Ablauf der Sitzungen.

Und da ich mich neben der politischen Arbeit auch für gesellschaftliche Anlässe des GR überdurchschnittlich interessierte und mich auch in die paritätische Kommission Uri-Zürich wählen liess - wenn man so will der aussenpolitischen Kommission des Gemeinderats - war ich mehr oder weniger gesetzt, als die Anfrage erging, ob die glp einen Präsidenten, eine Präsidentin stellen möchte. Dass ich bereits zweimal Jasskönig des Gemeinderats war, könnte man als weiteren Fingerzeig interpretieren.

Und ich muss Ihnen sagen: Ich habe gerne ja gesagt zu diesem Amt.

Neben der Sitzungsleitung sehe ich die Rolle des Gemeinderatspräsidenten als Repräsentanten des Rats und der Stadt Zürich. Besonders wichtig dabei wird es sein zu erklären, was der Gemeinderat macht, wie er funktioniert, in der Theorie und in der Praxis. Warum sage ich in der Theorie und Praxis?

Ein befreundeter Lehrer einer Sek B wollte mit seiner wenig disziplinierten Klasse auf die Tribüne des Rathauses. Er versuchte nämlich im Unterricht, seinen Schülern beizubringen, wie man gepflegt Argumente austauscht, den anderen zuhört und ausreden lässt, auf Provokation verzichtet, spricht in geordnetem Rahmen über eine Sache debattiert. Der Besuch des Gemeinderats sollte diese Debattenkultur anschaulich demonstrieren. Dem Sek-Lehrer wurde – nicht von mir, aber von einem Kenner der Materie - von einem Besuch dringend abgeraten.

In der Theorie müsste man das, was der Sek-Lehrer richtigerweise von einem Parlament erwartet hat, im Gemeinderat alles erleben können und in der Praxis gibt es natürlich Momente, wo diese erwartete Debatte tatsächlich gepflegt wird. Aber eben, diese Momente sind zuweilen etwas gar dünn gesät, wir wissen es selber.

Aber ich möchte hier nicht lange lamentieren.

Ich werde selbstverständlich erklären, warum gewisse Gemeinderäte Zeitung lesen oder in ihre Laptops starren, warum einige angeregt miteinander flüstern, warum sich andere gar nicht im Saal aufhalten und nur bei Abstimmungen in den Rat stürmen. Ich kann auch gut erklären, warum zuweilen auch mal die Emotionen hochgehen und ein geistreicher Zwischenruf durchaus Platz hat.

Was ich nicht erklären kann, sind die zuweilen ätzenden Anwürfe, die unanständigen Angriffe gegen andere Personen, das ständige Reinbrüllen, die mangelnde Rücksichtnahme in der Lautstärke bei eigenen Tätigkeiten, wenn andere sprechen.

Das kann ich nicht erklären, das will ich auch nicht erklären.

Verstehen Sie mich nicht falsch, will keinen starren, andächtigen, langweiligen Rat.

Eine gewisse Lebendigkeit ist durchaus angebracht und erwünscht. Wir sind 125 Personen mit unterschiedlichen Ansichten, da kann nicht immer Stille und Eintracht herrschen.

Die Zauberworte heissen Anstand und Respekt, und diesen kleinsten gemeinsamen Nenner müssen wir hochhalten. Dies ist meine Bitte an Sie, an Euch für mein Amtsjahr.

Wichtig für mich ist auch, die Ratseffizienz hoch zu halten, wir haben uns in den letzten Jahren ja stark verbessert, wenn wir mal die Budgetdebatte als vielbeklagten Ausreisser ausklammern wollen.

Einerseits ist dies der umsichtigen Ratsführung und der Implementierung verschiedener Instrumente durch meine Vorgängerinnen und Vorgänger zu verdanken. Andererseits kann man aber auch das Phänomen beobachten, dass zunehmend schriftliche Anfragen eingereicht werden. Da diese schriftlichen Anfragen im Rat nicht behandelt werden müssen, es sei denn, dass die Antworten ein Anschlusspostulat auslösen, ist die Traktandenliste entsprechend kürzer. Ob diese Entwicklung gut oder schlecht ist, möchte ich nicht beurteilen. Sicherlich wird die Verwaltung damit ziemlich auf Trab gehalten, während unsere Traktandenliste sich verschlankt. Dafür fehlt weitgehend eine Debatte im Rat, was in manchen Fällen natürlich schade ist und dem Instrument der Interpellation jüngst wieder Auftrieb gegeben hat.

Am Horizont steht ja - wenn wir einen Ausblick wagen wollen und von einer schnellstmöglichen Behandlungsgeschwindigkeit in der Besonderen Kommission ausgehen - noch die BZO-Debatte im nächsten Frühling. Falls es in meiner Amtszeit tatsächlich noch dazu kommt, freue ich mich schon auf ein mehrtägiges Beisammensein und Diskussionen über das „Sichtachsenkonzept“, über „parzellenscharfe Detailpläne“, „Durchlüftungskorridore“ und – nicht zu vergessen - den „durchgrünten Stadtkörper“, um nur einige wohlklingende Schmankerl zu erwähnen.

Als letztes möchte ich noch auf die politische Partizipation in der Stadt Zürich eingehen. Es ist bekannt, dass 30% der Bevölkerung, sprich ausländische Staatsangehörige, davon ausgeschlossen sind. Das ist ein Zustand, der auf die Dauer problematisch werden könnte.

Ein fakultatives Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländer, die sich eine bestimmte Zeit hier aufhalten, in der Kantonsverfassung zu verankern, wurde kürzlich vom kantonalen Stimmbolk wuchtig abgelehnt. Die Stadt Zürich kann also, selbst wenn sie wollte, dieses Mittel nicht einführen. Doch auch in der Stadt Zürich wurde die kantonale Vorlage mit rund 60% der Stimmen verworfen. Das ist bedauerlich. Ich finde aber, dass man ein Argument der Gegnerschaft auch nicht von der Hand weisen kann: Die Hürden für das Stimmrecht in der Vorlage gleichen ungefähr den Anforderungen eines ordentlichen Einbürgerungsverfahrens. Wenn man also mitreden will, so deren Überlegung, kann man sich auch gleich einbürgern lassen.

Ich plädiere hier also keineswegs für ein JEKAMI, das Stimm- und Wahlrecht ist eine zu wichtige Sache. Aber man muss sich weiterhin über eine gewisse vorsichtige Öffnung Gedanken machen, es fragt sich nämlich, ob wir einfach so auf die Meinung, Ideen und das Know-how von engagierten Ausländerinnen und Ausländern, die schon länger in Zürich leben, verzichten können und wollen. Im Moment ist es politisch nicht denkbar, aber ich möchte daran erinnern, dass es auch mit dem Frauenstimmrecht lange gedauert hat und man heute im Rückblick nur noch den Kopf schüttelt, wie man die Hälfte der Bevölkerung politisch einfach ignorieren konnte, in der Meinung, man könne es besser. Als Anfang wäre vielleicht an einen Art Ausländerinitiative zu denken, wie wir sie ähnlich schon mit der Jugendinitiative vorgeschlagen haben, angelehnt an das Instrument der Einzelinitiative.

Doch noch wichtiger wäre es wohl in der nahen Zukunft, die rund zwei Drittel Stimmberechtigten, die sich in Politabstinenz üben, wieder an die Urne zu bringen oder für ein politisches Engagement zu begeistern. Ob diese Politabstinenten einfach wunschlos glücklich sind, die Vorlagen nicht richtig verstehen oder sich generell von der Politik abgewandt haben, weiss man nicht mit letzter Sicherheit zu sagen. Wir müssen auf jeden Fall versuchen, auch durch unsere Tätigkeit im Gemeinderat wieder Leute für Politik zu interessieren. Dazu müssen wir noch offensiver erklären, was wir machen, wie wir entscheiden, über was wir debattieren, wir müssen Begeisterung für unsere demokratischen Mittel und Institutionen entfachen, wir müssen die Wichtigkeit eines Engagements für die Gemeinschaft hervorstreichen, zum Beispiel als Milizpolitikerin, als Schulpfleger, im Quartierverein oder auch nur, aber immerhin, als einfacher Stimmbürger, als einfache Stimmbürgerin. In diesem Sinn und Geist werde ich - mit Unterstützung meiner beiden Vizepräsidenten - die re-

präsentative Funktion dieses Amtes zu nutzen versuchen.

Als Parlament fungieren wir – so sehe ich es und damit möchte ich schliessen – als Korrektiv für die Tätigkeit der Exekutive und der Verwaltung sowie als eine Art Ideenbörse. Wir sind eine vom Volk gewählte Gemeinschaft mit innovativen Gedanken, guten Ideen, Fachwissen aus der beruflichen Tätigkeit, viel Herzblut, sprich: 125 einsatzfreudige Menschen, die die Stadt voranbringen wollen. Aber erlauben Sie mir dazu noch diese Bemerkung: Manchmal ist es auch eine gute Idee, nicht alles zu machen, was auch noch möglich wäre.

Ich wünsche uns also in diesem Sinne viele gute Ideen und eine gedeihliche Ratsarbeit.

Vielen Dank.

#### b) 1. Vizepräsidium

Wahlvorschlag der SVP-Fraktion: Roger Bartholdi (SVP)

##### Wahlprotokoll

Anwesende Ratsmitglieder	115
Eingegangene Wahlzettel	115
Leere Wahlzettel	9
Ungültige Wahlzettel	0
Massgebende Wahlzettel	106
Absolutes Mehr	54

Gewählt ist: Roger Bartholdi (SVP) mit 97 Stimmen.

Ferner erhielten Stimmen:

Marcel Bührig (Grüne)	4
Mauro Tuena (SVP)	2
Einzelne (je 1 Stimme)	3
Massgebende Wahlzettel	106

#### c) 2. Vizepräsidium

Wahlvorschlag der SP-Fraktion: Peter Küng (SP)

##### Wahlprotokoll

Anwesende Ratsmitglieder	117
Eingegangene Wahlzettel	117
Leere Wahlzettel	7
Ungültige Wahlzettel	1
Massgebende Wahlzettel	109
Absolutes Mehr	55

Gewählt ist: Peter Küng (SP) mit 96 Stimmen.

Ferner erhielten Stimmen:

Kyriakos Papageorgiou (SP)	4
Marianne Aubert (SP)	2
Dr. Mario Babini (Parteilos)	2
Einzelne (je 1 Stimme)	5
Massgebende Wahlzettel	109

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

**893. 2015/115**  
**Büro, Erneuerungswahl von 10 Mitgliedern für das Amtsjahr 2015/2016**

Es werden mit Wirkung ab 6. Mai 2015 stillschweigend gewählt:

Martin Abele (Grüne)  
Ezgi Akyol (AL)  
Martin Bürki (FDP)  
Simon Diggelmann (SP)  
Markus Hungerbühler (CVP)  
Albert Leiser (FDP)  
Min Li Marti (SP)  
Karin Rykart Sutter (Grüne)  
Jonas Steiner (SP)  
Mauro Tuena (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

**894. 2015/116**  
**Erneuerungswahl von 3 Ratssekretärinnen oder Ratssekretären für das Amtsjahr 2015/2016**

Es werden mit Wirkung ab 6. Mai 2015 stillschweigend gewählt:

Heidi Egger (SP)  
Christina Hug (Grüne)  
Mark Richli (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

**895. 2014/135**  
**GPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Peter Küng (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018**

Es wird mit Wirkung ab 6. Mai 2015 gewählt:

Dorothea Frei (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und die Gewählte

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**896. 2015/121**  
**Dringliche Schriftliche Anfrage von Anjushka Früh (SP) und 35 Mitunterzeichnenden vom 06.05.2015:**  
**Kürzungsmassnahmen in den Bereichen Aufgabenstunden und Begabungs- und Begabtenförderung, Art und Ausmass der Kürzungen sowie Entlastungsmassnahmen für die Lehrpersonen**

Von Anjushka Früh (SP) und 35 Mitunterzeichnenden ist am 6. Mai 2015 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Chancengleichheit in der Bildung liegt in der Stadt Zürich noch in weiter Ferne. Diese Ungleichheit wirkt segregierend, gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und verhindert, dass hunderte von Kindern und Jugendlichen ihre Fähigkeiten ausschöpfen können. Grosses Potential geht verloren.

Die angekündeten Kürzungsmassnahmen nehmen auch vor dem Schul- und Sportdepartement keinen Halt. In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Zu den Massnahmen von 2015 gehören Kürzungen im Bereich der Aufgabenstunden. Davon sind viele sozial benachteiligte Kinder betroffen und die Chancengleichheit rückt weiter in den Hintergrund. Welchen Umfang haben die geplanten Kürzungen? Mit welchen kostengünstigeren Massnahmen will der Stadtrat dieses Manko beheben?
2. Wann wird diese einschneidende Massnahme den Eltern der betroffenen Kinder kommuniziert? Wer wird die Information vertreten?
3. Ebenfalls sind Kürzungen im Bereich der niederschweligen Stunden für Begabungs- und Begabtenförderung geplant. Welchen Umfang haben die geplanten Kürzungen? Weshalb sind beim Universikum keine Massnahmen geplant?
4. Wann wird die Reduktion der Stunden für Begabungs- und Begabtenförderung den Eltern der betroffenen Kinder kommuniziert? Wer wird die Information vertreten?
5. Mit welchen neuen entlastenden Massnahmen wird verhindert, dass Lehrpersonen, deren Klassen von diesen Kürzungen betroffen sind, in Überforderungssituationen geraten?

Mitteilung an den Stadtrat

**897. 2015/122**  
**Dringliche Schriftliche Anfrage von Rosa Maino (AL), Anjushka Früh (SP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 06.05.2015:**  
**Sparmassnahmen im Volksschulbereich, Auswirkungen auf den Schulbetrieb und das Budget 2015**

Von Rosa Maino (AL), Anjushka Früh (SP) und 32 Mitunterzeichnenden ist am 6. Mai 2015 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 2. Februar 2015 hat Stadtrat Gerold Lauber das Schulpersonal über „Sparmassnahmen im Volksschulbereich“ informiert und die beiliegende Liste mit 44 Massnahmen verschickt. Auf dieser Liste sind vereinzelt Massnahmen enthalten, die dem Gemeinderat mit dem Budget beantragt oder im Rahmen der Budgetberatung „erläutert“ und später vom Rat „bestätigt“ worden sind (z.B. Einstellung Projekt Lift). Vieles ist jedoch neu. Weder die Rechnungsprüfungskommission, noch die zuständige Spezialkommission sind bisher über diese Massnahmen informiert worden.

Wir bitten den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Auswirkungen haben die einzelnen Massnahmen auf den Schulbetrieb? Bitte um Zustellung einer Liste mit den 44 Massnahmen mit Erläuterungen zu den einzelnen Massnahmen.

2. Welche Auswirkungen haben die einzelnen Massnahmen auf das Budget 2015? Bitte um Angabe der Konti, auf denen die Ausgabenreduktionen anfallen.
3. Sind die einzelnen Reduktionen im Budget 2015 bereits berücksichtigt und enthalten, oder handelt es sich um Anpassungen, die erst auf Schuljahrbeginn 2015/16 bzw. auf das Budget 2016 wirksam werden?
4. Wie sind die Sparmassnahmen erarbeitet worden? Wer hat sie beschlossen?
5. Bitte um Erläuterungen zur Informationspolitik des Schulamts. Wieso ist das Personal erst nachträglich informiert worden? Wieso ist der Gemeinderat und die Öffentlichkeit nicht informiert worden?

Mitteilung an den Stadtrat

**898. 2015/123**

**Schriftliche Anfrage von Simone Brander (SP) und Simon Kälin (Grüne) vom 06.05.2015:**

**Zulassung von gewissen Motorfahrzeugen mit Elektromotor auf den Mischflächen für den Fuss- und Veloverkehr, Überprüfung der betroffenen Flächen sowie Massnahmen zur Entschärfung möglicher Konflikte**

Von Simone Brander (SP) und Simon Kälin (Grüne) ist am 6. Mai 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Bundesrat hat am 15. April 2015 beschlossen, per 1. Juni 2015 Motorfahrzeuge wie Stehroller vollständig und Rikschas teilweise den langsamen E-Bikes (bis 25 km/h) gleichzusetzen. Das heisst, dass Segways und Elektromofas nun überall dort verkehren dürfen, wo Velos zugelassen sind – also auf Flächen mit Teilfahrverbot (Signal 2.14), auf gemeinsamen Flächen für den Fuss- und Radverkehr aber auch in Fussgängerzonen und auf Trottoirs mit Velozulassung. Diese Anpassung der Verordnungen wird von Fussverkehr Schweiz für die Fussgängerinnen und Fussgänger als gefährlich eingeschätzt und beeinträchtigt die Qualität der Fussgängerflächen. Bereits heute sind Mischflächen für den Fuss- und Veloverkehr in der Stadt Zürich für alle Beteiligten ein grosses Ärgernis. Fussverkehr Schweiz fordert deshalb u. a. die Städte auf, alle Flächen zu überprüfen, welche für das Velo – und somit neu auch für gewisse Motorfahrzeuge mit Elektromotor – frei gegeben sind. Die Freigabe soll nur noch in Ausnahmefällen und dort erfolgen dürfen, wie sie ohne Konflikte organisiert werden kann. In allen anderen Fällen ist die Zulassung aufzuheben.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Besteht eine Übersicht (Liste, Karte) über die Flächen, welche neu von Segways und Rikschas befahren werden können? Wenn ja, um was für Flächen handelt es sich dabei?
2. Welche strategischen, juristischen und politischen Vorgaben gelten heute in der Stadt Zürich für bestehende und das Einrichten von neuen Mischflächen des Fuss- und Veloverkehrs?
3. Sind nun Änderungen bezüglich dieser strategischen und politischen Vorgaben vorgesehen?
4. Teilt der Stadtrat die grundsätzliche Einschätzung, dass die vom Bundesrat beschlossenen Verordnungsänderungen die Konflikte zwischen dem Fuss- und Veloverkehr in der Stadt Zürich verschärfen? Falls ja, wie? Falls nein, weshalb nicht?
5. Mit welchen strategischen Grundsätzen (z. B. künftiges Verbot des zugelassenen Fahrverkehrs in bestehenden konfliktträchtigen Mischverkehrsflächen) plant die Stadt Zürich die negativen Folgen der vom Bundesrat beschlossenen Verordnungsänderungen zu reduzieren?
6. Ist der Stadtrat bereit, alle für das Velo zugelassenen Fussgängerflächen, bzw. Flächen auf denen Segways und Rikschas neu zugelassen sind, im Hinblick auf die Sicherheit und auf Konflikte zwischen dem Fussverkehr und dem zugelassenen Fahrverkehr zu überprüfen und im Konfliktfall die Zulassung für den Fahrverkehr aufzuheben? Falls ja, bis wann wird diese Überprüfung abgeschlossen sein und wie wird das Resultat kommuniziert? Falls nein, weshalb nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

899. 2015/124

**Schriftliche Anfrage von Ezgi Akyol (AL) vom 06.05.2015:  
Suizidversuch im Testzentrum Juch, Umgang mit den psychischen Notlagen der  
Flüchtlinge**

Von Ezgi Akyol (AL) ist am 6. Mai 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Testzentrum Juch hat ein Flüchtling anfangs April versucht, sich das Leben zu nehmen. Gemäss den vorliegenden Informationen ist der als „latent suizidgefährdet“ bezeichnete Mann nach dem Suizidversuch für kurze Zeit in eine andere Institution gebracht worden. Nach seiner Rückkehr ins Testzentrum sei er aber nicht mehr zur Ruhe gekommen und deshalb inzwischen nicht mehr dort untergebracht.

Im Zusammenhang mit dem Suizidversuch im Testzentrum Juch der AOZ bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen.

1. Trifft der eingangs beschriebene Sachverhalt zu?
2. Wie wurde der Mann nach seinem Suizidversuch betreut? Wo ist er heute untergebracht? Wie geht es ihm?
3. In welcher Form hat die Leitung des Testzentrums Juch auf den Suizidversuch reagiert? Wie ist das Personal, wie sind seine Mitbewohnerinnen und Mitbewohner informiert worden?
4. In wie vielen Fällen ist seit der Eröffnung des Testzentrums Juch für Bewohnerinnen und Bewohner externe psychiatrische Hilfe beigezogen worden? In wie vielen Fällen ist ein notfallpsychiatrischer Dienst beigezogen worden? Was waren die Auslöser für den Beizug dieser Dienste? Gab es weitere Suizidversuche?
5. Trifft die Annahme zu, dass ein erheblicher Teil der im Testzentrum Juch untergebrachten Personen besonderen psychischen Belastungen ausgesetzt sind? Was sind aus Sicht der Zentrumsleitung die Ursachen dieser Belastungen?
6. Gibt es im Testzentrum Juch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über eine Fachausbildung für den Umgang mit psychischen Problemen verfügen? Wenn ja, bitte um Angabe der Funktion und der Fachausbildung dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
7. Wie wird das Betreuungspersonal für die Früherkennung von psychischen Stresssituationen geschult? Gibt es für das Personal eine Supervision, in der solche Fragen thematisiert werden?
8. Wie wird im Testzentrum Juch mit solchen Notlagen umgegangen? Gibt es einen psychiatrischen Dienst, der für die Bewohnerinnen und Bewohner des Testzentrums Juch zuständig ist? Wer ist der zuständige Notfallpsychiater? Verfügt das für das Testzentrum Juch zuständige psychiatrische Fachpersonal über eine Ausbildung oder spezielle Erfahrungen im Umgang mit Flüchtlingen?
9. Gibt es fixe Strukturen für die externe psychiatrische bzw. psychotherapeutische Behandlung von Flüchtlingen? Falls Nein: Erachtet der Stadtrat bzw. die Leitung des Testzentrums Juch die Einführung und den Aufbau solcher Strukturen für sinnvoll?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

900. 2015/113

**Schriftliche Anfrage von Anjushka Früh (SP) vom 15.04.2015:  
Kürzungsmassnahmen in den Bereichen Aufgabenstunden und Begabtenförderung,  
Auswirkungen auf die Chancengleichheit in der Bildung und mögliche Entlastungsmassnahmen für die Lehrpersonen**

Anjushka Früh (SP) zieht die Schriftliche Anfrage zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

- 901. 2014/371**  
**Schriftliche Anfrage von Samuel Balsiger (SVP) und Roberto Bertozzi (SVP) vom 19.11.2014:**  
**Beratungs- und Anlaufstellen in der Stadt, Umfang der Angebote sowie Massnahmen für eine bessere Koordination**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 347 vom 15. April 2015).

- 902. 2015/37**  
**Schriftliche Anfrage von Rosa Maino (AL) und Andrea Leitner Verhoeven (AL) vom 28.01.2015:**  
**Neues Leitbild der Städtischen Kulturförderung, zeitliche Planungseckpunkte sowie Hintergründe zum Beizug weiterer Personen für die Ausarbeitung**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 372 vom 17. April 2015).

- 903. 2015/45**  
**Schriftliche Anfrage von Anjushka Früh (SP), Michael Kraft (SP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 04.02.2015:**  
**Interkultureller Austausch in der Stadt, Angebote der Stadt und von privaten Institutionen sowie möglicher zusätzlicher Handlungsbedarf**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 373 vom 17. April 2015).

- 904. 2014/259**  
**Weisung vom 27.08.2014:**  
**Schulamt, Motion der SP-Fraktion betreffend Ausbau des Angebots auf zwei Tagesschulen mit Tageskindergärten pro Schulkreis sowie Motion der FDP-Fraktion betreffend Neuregelung der Schulzeiten an der Volksschule, Städtisches Pilotprojekt (Projektphase I, freiwilliges Modell) für die Jahre 2015 bis 2018 mit gebundenen Tagesschulen, Objektkredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 4. März 2015 ist am 10. April 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 13. Mai 2015.

- 905. 2014/305**  
**Weisung vom 01.10.2014:**  
**Finanzdepartement, Stiftung Zürcher Lehrhaus, wiederkehrender jährlicher Beitrag von 150 000.– für die Jahre 2015 und 2016**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 11. März 2015 ist am 17. April 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 13. Mai 2015.

- 906. 2014/283**  
**Weisung vom 10.09.2014:**  
**Immobilien-Bewirtschaftung, Hunzikerareal, Genossenschaftsstrasse 16/16a, Ausbau von Ersatzflächen für eine Kindertagesstätte und die Heilpädagogische Schule, Miete und Objektkredite**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. März 2015 ist am 24. April 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 13. Mai 2015.

- 907. 2014/298**  
**Weisung vom 24.09.2014:**  
**Immobilien-Bewirtschaftung, Neubau Schulanlage Pfingstweid, Escher-Wyss-Quartier, Projektierungskredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. März 2015 ist am 24. April 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 13. Mai 2015.

- 908. 2014/345**  
**Weisung vom 05.11.2014:**  
**Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan «ETH Gloriastrasse», Zürich-Fluntern**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. März 2015 ist am 24. April 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 13. Mai 2015.

- 909. 2014/354**  
**Weisung vom 12.11.2014:**  
**Verein Jugendwohnnetz Zürich, Beiträge 2015–2018**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. März 2015 ist am 24. April 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 13. Mai 2015.

- 910. 2014/355**  
**Weisung vom 12.11.2014:**  
**Verein Marie Meierhofer-Institut für das Kind, Beiträge 2015–2018**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 18. März 2015 ist am 24. April 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 13. Mai 2015.

Nächste Sitzung: 20. Mai 2015, 17 Uhr.